

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Zeil, Rainer Brüderle, Ulrike Flach,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/8928 –**

### **Mittelstandsförderung sichern – ERP-Vermögen aus der KfW Bankengruppe herauslösen**

#### **A. Problem**

Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung vor dem Hintergrund der finanziellen Schieflage der KfW Bankengruppe rückgängig machen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/8928 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Dr. Herbert Schui**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Herbert Schui

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/8928** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion der FDP weist daraufhin, dass zum 1. Januar 2007 der Artikel 3 und am 30. Juni 2007 die Artikel 1 und 2 des Gesetzes zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung in Kraft getreten seien. Aufgrund des Gesetzes seien 2 Mrd. Euro aus dem ERP-Sondervermögen an den Bundeshaushalt abgeführt worden. Als Ausgleich hierzu seien dem ERP-Sondervermögen Rechte des Bundes an Rücklagen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) in Höhe von 1 Mrd. Euro zugeflossen, zudem seien seitens des Bundes Risiken übernommen worden, für die das ERP-Sondervermögen Rückstellungen gebildet habe. Der Bund habe weiterhin zum 1. Juli 2007 als Mitschuldner Verbindlichkeiten in Höhe von 14 Mrd. Euro und als Mitgläubiger Kreditforderungen in gleicher Höhe übernommen. Ein Teil des Sondervermögens sei als Eigenkapital in Form einer Kapitalrücklage in die KfW Bankengruppe eingebracht worden, weitere 3,25 Mrd. Euro seien der KfW Bankengruppe als Nachrangdarlehen gewährt worden.

Aufgrund ihres Engagements zur Rettung der insolvenzbedrohten IKB Deutsche Industriebank AG sei die KfW Bankengruppe in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten. Dadurch sei die Risikovorsorge der KfW Bankengruppe in Höhe von 5,3 Mrd. Euro aufgebraucht worden, zudem sei für 2007 ein negatives Jahresergebnis erzielt worden. Das Eigenkapital der KfW Bankengruppe in Höhe von 21,4 Mrd. Euro sei in diesem Zusammenhang bedroht. Gefährdet sei durch diese Entwicklung die vom Durchführungsvertrag zwischen dem ERP-Sondervermögen und der

KfW Bankengruppe vorgesehene jährliche Kapitalverzinsung in Höhe von 590 Mrd. Euro, aus der sich Förderleistung und Substanzerhalt speisten. Zur Gewährleistung der Substanz und der Förderfähigkeit des ERP-Sondervermögens sollen daher nach dem Willen der Fraktion der FDP umgehend Maßnahmen zur Herauslösung des ERP-Sondervermögens aus der KfW Bankengruppe ergriffen werden.

Wegen der Einzelheiten des Antrags wird auf die Drucksache 16/8928 verwiesen.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 111. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/8928 in seiner 80. Sitzung am 17. Dezember 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8928 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

**Dr. Herbert Schui**  
Berichtersteller

